

„Ich wäre nicht in der Politik, wenn ich kein Optimist wäre.“

Dekolonisierung der Eine Welt-Arbeit

Workshop beim Fachtag „Transformative Eine Welt-Arbeit in Zeiten von Krieg und Krise. Austausch zwischen Zivilgesellschaft und Politik“ | 8. September 2022, Berlin | Input: Dr. Karamba Diaby (MdB, SPD) | Moderation: Serge Palasie (Eine Welt Netz NRW)

Input von Dr. Karamba Diaby

Gleich zu Beginn betonte Dr. Karamba Diaby – Mitglied des deutschen Bundestags und unter anderem im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung aktiv – die Notwendigkeit einer de facto existierenden Augenhöhe in der Zusammenarbeit Deutschlands mit Ländern des sogenannten Globalen Südens. Das bedeute in Bezug auf die konkrete Kooperation, dass der Globale Süden etwa



bei der Umsetzung von Projekten in allen Phasen – beginnend mit der Konzeption – beteiligt ist. Für eine kohärente deutsche Entwicklungspolitik sei auch die Kohärenz zwischen den einzelnen Ressorts zentral. Die Agenda 2030 und die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) müssten von allen ernstgenommen werden.

Leider erschwerten multiple Krisen die Zielerreichung der ambitionierten Agenda. „Das hat uns um Jahre zurückgeworfen“, so Diaby weiter. Mit dem Führungswechsel im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) herrsche jedoch wieder ein gewisser Optimismus. Die Stärkung einer feministischen Entwicklungspolitik habe – wenn sie konkret mit Leben erweckt wird – eine positive Wirkung auf die Agenda bzw. die SDGs.

Zur Dekolonisierung der für die Fragestellungen des Workshops relevanten Politikfelder schilderte Diaby ein „Schlüsselerlebnis“ aus den späten 1990er Jahren: Er habe damals nach dem Studium mit dem Gedanken gespielt in den Senegal zurückzukehren, um sein Knowhow vor Ort einzubringen. Als er erfuhr, dass Staatsbürger*innen 21-mal weniger verdienten als Mitarbeiter*innen mit einem deutschen Pass – den er damals noch nicht besaß – sah er davon ab sich bei der damaligen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ; heute: Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ)) zu bewerben. Heute könne er als deutscher Politiker dazu beitragen, solche historisch gewachsenen Schief lagen zu korrigieren. Zu dieser Korrektur gehöre auch das Überwinden einer kolonialen Mentalität, die nach wie vor in vielen Köpfen vorhanden sei, wenn es etwa um entwicklungspolitische Projekte im Globalen Süden geht: „Die Menschen vor Ort wissen selber, was sie wollen.“

Beim Thema Fachkräfte plädierte Diaby für mehr Brain Circulation, damit dem Globalen Süden durch Brain Drain wichtige Macher*innen nicht dauerhaft verloren gingen. Dafür müssten bestmögliche

Rahmenbedingungen geschaffen werden, um den ohnehin bereits vielfach bestehenden Herausforderungen vor Ort wirkmächtiger begegnen zu können.

Generell stellte er zusammenfassend fest, dass es neuer Narrative bedürfe, um Dekolonisierung voranzutreiben. Die Frage dürfe nicht mehr lauten: „Was kann der Globale Norden tun, um den Globalen Süden zu entwickeln?“ Es gelte die Potentiale des Globalen Südens zu entdecken. Auch der stärkere Einbezug der Diaspora aus Ländern des Globalen Südens zähle hierzu. Entwicklungspolitisch aktive Migrant*innen-Diaspora-Organisationen (MDO) müssten konsequent gestärkt werden.

Abschließend verwies Diaby noch auf die entwicklungspolitische Relevanz der 2024 auslaufenden UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft und das gerade entstehende neue Afrikakonzept des BMZ. Hier werde darauf geachtet, dass wichtige Stakeholder – auch und gerade MDO – bei der Konzeption angemessen berücksichtigt werden.

Austausch mit den Teilnehmenden

Im Anschluss nahm sich Dr. Karamba Diaby noch Zeit für Fragen aus dem Publikum. Eine Frage lautete, wie denn die SDGs aus postkolonialer Perspektive zu bewerten seien. Diaby betonte, dass die ambitionierten 17 Ziele trotz des klar vorhandenen globalen Machtgefälles als Chance begriffen werden sollten, die es bestmöglich zu nutzen gelte.

Eine Workshopteilnehmerin kam auf das Afrikakonzept des BMZ zu sprechen und wollte wissen, wie denn das Mitwirken der Zivilgesellschaft gewährleistet werden könne. Hier – so Diaby – gebe es Möglichkeiten des Anmahns, wenn etwa relevante Stakeholder nicht berücksichtigt werden. „Ich wäre nicht in der Politik, wenn ich kein Optimist wäre.“

Eine weitere Person fragte nach der Definition des abstrakten Gerechtigkeitsbegriffs. Hier seien die Zugänge der breiten Bevölkerung zum Bildungs- und Gesundheitssystem und die Aussicht auf – beispielsweise berufliche – Perspektiven in den jeweiligen Gesellschaften zentral, so Diaby.

Auf die Frage, was es denn am meisten braucht, um Dekolonisierung voranzutreiben, antwortete er, dass ein Umdenken zentral sei. Viele Menschen seien nicht unmittelbar negativ von kolonialen Kontinuitäten betroffen, weshalb es hier oftmals an echter Empathie fehle. Hier könne nur konsequente Bildung helfen.

Dass die Dekolonisierung bei uns selbst beginnt, machte ein Teilnehmer nochmal deutlich, indem er festhielt, dass wir uns selbst und unsere eigenen Strukturen konsequent machtkritisch reflektieren müssten. Die eigenen Strukturen müssten sich weiter öffnen, um bisher wenig berücksichtigte Gruppen wie migrantisch-diasporische Akteur*innen stärker mit einzubeziehen und Power Sharing zu verwirklichen. Dafür bedürfe es einer besseren Kommunikation und eines Dialogs mit allen Gruppen, die zu Eine Welt-Themen arbeiten. Wo eine Zusammenarbeit sinnvoll ist und Kräfte gebündelt werden können, sei sie konsequent umzusetzen.

(Zusammenfassung: Serge Palasie | Bild (urheberrechtlich geschützt) v.l.n.r.: Diaby, Palasie)